

Hoffnung auf günstiges Urteil

Experten informieren DG-Fonds Geschädigte in Schramberg

Schramberg (czh). Von wenig Bewegung bei den Banken, aber viel bei den Anlegern und ihrer Schutzgemeinschaft war zu hören bei einem Treffen im Albert-Schweitzer-Saal in Schramberg.

Etwa 100 von DG-Fonds Geschädigten aus dem Raum zwischen Lahr und Allgäu waren der Einladung der Organisatoren aus Schramberg gefolgt, darunter auch eine große Anzahl aus der Talstadt. Sie ließen sich von Vertretern der Schutzvereinigung für Kapitalanleger (SfK) über den Stand der Auseinandersetzungen informieren. Elf der Immobilien-

fonds, die von Volks- und Raiffeisenbanken verkauft worden waren, seien von Insolvenz bedroht, berichtete Heinz-Jürgen Franz. Der Mitbegründer der SfK kritisierte die mangelnde Kulanzbereitschaft der Banken, von denen nur einzelne 25 Prozent des Nominalwerts der Anlagen ersetzen wollten. Die größere Anzahl der Volksbanken lehnten sogar jegliche Kulanz ab, weil sie das »typische Anlegerrisiko nicht übernehmen« wollten und »eine Bedürfnis orientierte Anlageberatung« geboten hätten. Aber gerade das wird von den Anlegern massiv in

Frage gestellt, die auf »schwerwiegende Prospektfehler« verweisen. Rechtsanwältin Petra Brockmann nannte mehrere Gutachten, die gerade das nachwiesen. Damit hofft die Bremer Kanzlei, in den laufenden Verfahren vor dem Landgericht Frankfurt die Anlegerinteressen durchsetzen zu können.

In einem Fall erwarte sie Mitte Mai von einem Gericht in Stuttgart eine für die Anleger günstige Entscheidung gegen die Leutkircher Bank. Damit könne man dann auch in den anderen Verfahren argumentieren und deutlich ver-



Susanne Paemke, Petra Brockmann und Heinz-Jürgen Franz informierten Anleger im Albert-Schweitzer-Saal. Foto: Ziehaus

besserte Angebote der Banken erwarten. Sie rate den Anlegern, keine Vergleichsangebote annehmen, auch nicht wenn Fristen gesetzt würden. Nur bei Angeboten ab 50 Prozent, so Brockmann, könne man »darüber nachdenken« und

danach den »Restschaden von der DZ-Bank holen«. Die Geschäftsführerin der SfK Susanne Paemke empfahl neben der juristischen Schiene, den Volks- und Raiffeisenbanken auch über »die Öffentlichkeit den Spiegel vorzuhalten«.